

Mardorf, Silke; Sauermann, Elke

Book Part

Sozialplanung

Provided in Cooperation with:

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

Suggested Citation: Mardorf, Silke; Sauermann, Elke (2018) : Sozialplanung, In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Ed.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, ISBN 978-3-88838-559-9, ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, pp. 2219-2223,
<https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-55992063>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/225867>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/>

Silke Mardorf, Elke Sauermann

Sozialplanung

S. 2219 bis 2223

URN: urn:nbn:de:0156-55992063



CC-Lizenz: BY-ND 3.0 Deutschland

In:

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.):
Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung

Hannover 2018

ISBN 978-3-88838-559-9 (PDF-Version)

Silke Mardorf, Elke Sauermann

Sozialplanung

Gliederung

- 1 Planungsinhalte, Berufsbild und gesetzliche Grundlagen
- 2 Planungsanlässe und Handlungsfelder
- 3 Planungsinstrumente und Methoden
- 4 Zusammenfassung und Ausblick

Literatur

Sozialplanung zielt auf die Gestaltung sozialer Lebensbedingungen und Teilhabe im Rahmen kommunaler Daseinsvorsorge. Das Aufgabenprofil umfasst sozialwissenschaftliche Analysen, Sozialberichterstattung, strategische Steuerungsunterstützung von Politik und Verwaltung sowie die integrierte Maßnahmenplanung.

1 Planungsinhalte, Berufsbild und gesetzliche Grundlagen

Sozialplanung zielt auf die Gestaltung sozialer Lebensbedingungen und Teilhabe im Rahmen der kommunalen \triangleright *Daseinsvorsorge*, ist Steuerungsinstrument und Berufsfeld zugleich und bewegt sich entlang der Schnittstellen zwischen Verwaltung, Sozial- und Raumforschung und Politikberatung.

Steuerungsunterstützend analysiert, erklärt und kommuniziert Sozialplanung soziale Fakten und Entwicklungen, um Entscheidungsfindung und Priorisierung für die (Fach-)Verwaltung und die politischen Gremien zu ermöglichen. Das sozialplanerische Berufsbild ist ebenso heterogen wie seine organisatorische Verankerung. Sozialplanung kann sowohl stabsähnlich, fachbereichsübergreifend und gesamtstrategisch ausgerichtet sein als auch „in Linie“ organisiert, fachplanerisch und operativ innerhalb der Fachämter oder Bereiche. In der Regel ist Sozialplanung in ihrer Querschnittsfunktion thematisch so komplex angelegt, dass sie mehrere Organisationseinheiten operativ, strategisch und/oder fiskalisch berührt sowie vernetzt und koordinierend agiert. Neben Kommunalverwaltungen beschäftigen vereinzelt auch die Landes- und Bundesverwaltung sowie Wohlfahrtsverbände Sozialplanerinnen und -planer bzw. nutzen deren Instrumente.

Das Steuerungsinstrument Sozialplanung wird von unterschiedlichen Bundesgesetzen räumlich, baulich und zielgruppenspezifisch eingerahmt:

- Räumlich: Das Raumordnungsgesetz (ROG) formuliert die Leitvorstellung einer „ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen“ (§ 1 Abs. 2 ROG) und den Grundsatz, „ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben“ (§ 2 Abs. 2 ROG).
- Baulich: Laut \triangleright *Bauleitplanung* des Baugesetzbuches (BauGB) sollen „die Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen“ und „die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere die Bedürfnisse der Familien, der jungen, alten und behinderten Menschen“ (§ 1 Abs. 6 BauGB) berücksichtigt werden.
- Zielgruppenspezifisch: Große Teile der Sozialgesetzgebung nach Sozialgesetzbuch (SGB I, II, III und VIII-XII) sind fachplanungs- und steuerungsrelevant, z. B. für die Altenhilfe- und Pflegestrukturplanung, die Jugendhilfe-, Kindertagesstätten-, Schulentwicklungs- und \triangleright *Bildungsplanung* oder die Quartiersentwicklung (\triangleright *Quartier/Quartiersentwicklung*) und Wohnungslosenhilfeplanung und allgemein die \triangleright *Stadtentwicklungsplanung*.
- Inklusiv: Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Behindertenrechtskonvention – UNBRK) erlangte mit der Zustimmung durch den Bundesgesetzgeber in seiner rechtlichen Bedeutung den Rang eines Bundesgesetzes. Der darin formulierte Anspruch an eine inklusive Gesellschaft stellt Sozialplanung vor neue Planungsherausforderungen, denn Inklusion erfordert die systematische Ausrichtung aller Planungsprozesse, Institutionen und Angebote am inklusiven Maßstab (VSOP 2012: 10).

2 Planungsanlässe und Handlungsfelder

Sozialplanung ist eingebunden ins kommunale, sozialpolitische Leitbild bzw. an allgemeinen (Stadt-)Entwicklungszielen orientiert. Sie ist zunehmend gefordert, komplexe soziale Prozesse und Zusammenhänge aufzudecken, verständlich zu kommunizieren, in möglichen Szenarien fortzuschreiben und integrierte Lösungsansätze anzuregen. Sozialplanerischer Ausgangspunkt hierbei ist die Erarbeitung von Grundlagen für die (Weiter-)Entwicklung von Hilfesystemen und die Ausgestaltung und Platzierung lokaler Dienste und Einrichtungen, oft im Sinne einer Angebots- und Teilhabeplanung, die Chancengerechtigkeit befördert. Diese Dienste und Einrichtungen sind entweder sozialräumlich ausgerichtet und/oder zielgruppenspezifisch und/oder an Lebenslagen und sozialen Situationen orientiert bzw. berücksichtigen die Systematik der kommunalen Produktkataloge.

Sozialplanerische Arbeitsaufträge werden primär durch soziale Herausforderungen ausgelöst, die in ihrer kleinräumigen Dynamik beobachtet werden müssen, um rechtzeitig gegensteuern zu können, beispielsweise mit gezielten Teilhabeansätzen. Alterung und Schrumpfung vor allem in eher ländlichen Gebieten sowie Wachstum und Internationalisierung in urbanen Räumen sind Prozesse des demografischen Wandels (▷ *Demografischer Wandel*), die fundiert vorausgeschätzt (▷ *Prognose*) werden. Vermehrte Zuwanderung erfordert auch eine gezielte Bedarfsermittlung sozial höchst unterschiedlich strukturierter Einwanderungsgruppen wie z. B. Studierende, Fachkräfte, Flüchtlinge oder Asylsuchende. ▷ *Reurbanisierung*, Wohnraumverteuerung durch Verknappung und ▷ *Gentrifizierung* in den Städten können ebenso wie Einkommensarmut und Arbeitslosigkeit soziale, ethnische und demografische Segregationsprozesse befördern.

Sozialplanerische Arbeitsaufträge ergeben sich neben sozialen Entwicklungen auch aus

- planungsauslösender Gesetzgebung (z. B. Krippenausbaugesetz, UNBRK),
- Rats- oder Verwaltungsaufträgen (z. B. Aufnahme eines Quartiers ins Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“) und
- dem sozialplanerischen Selbstverständnis einer Koordinierungs-, Dienstleistungs- und Beratungsfunktion (laufende Sozialmonitorings, sozialwissenschaftliche Beratung der Fachplanungen etc.).

3 Planungsinstrumente und Methoden

Die Konzentration und räumliche Entwicklung sozialer Lagen, Milieus und Strukturen sind Ausdruck unterschiedlicher sozialer Probleme oder Ressourcen, die anhand von Indikatoren beobachtet, analysiert, eingeordnet und interpretiert werden können. Sozialplanerisches Instrument hierfür sind die in einem möglichst regelmäßigen Turnus veröffentlichten Sozialberichte bzw. begleitenden Monitorings (▷ *Monitoring*). Intrakommunale Vergleiche beobachten (und prognostizieren) Veränderungen sozialer Lagen, Strukturen und Trends innerhalb des Raums und in den jeweiligen Teilräumen, oft kartografisch aufbereitet. Kommunale Benchmarkings und Vergleichsringe ermöglichen Kommunen und Landkreisen, sich mit Gebietskörperschaften gleicher Größenordnung anhand von kennziffernbasierten Vergleichen fachlich und strategisch auszutauschen (interkommunaler Vergleich).

Sozialplanung

Eine der Aufgaben der Sozialplanung ist es, Daten für eine zum Teil datenungeübte (Fach-) Öffentlichkeit und Verwaltung so aufzubereiten, dass sie möglichst aussagekräftig, argumentativ nutzbar und damit planungsgrundlegend sind. Mittlerweile haben die meisten Kommunen (mindestens) lokale Standards der Sozialberichterstattung entwickelt, basierend auf kleinräumig verfügbaren Datengrundlagen wie dem Einwohnermelderegister, dem Haushaltegenerierungsverfahren oder der Arbeitslosenstatistik. Zielgruppenberichte (z. B. Alleinerziehende, Seniorinnen und Senioren) und Lebenslagenberichte (z. B. Armut, Wohnen, Gesundheit, Bildung) können die allgemeine Sozialberichterstattung ergänzen oder Schwerpunkte dieser sein. Methodisch kommen dabei überwiegend sekundäranalytische Auswertungen amtlicher Statistiken zum Einsatz, aber auch multivariate Analysemethoden, Interviews oder Befragungen.

Raumbezüge sozialplanerischen Handelns können sowohl absolut als auch dynamisch sein. In der Regel sind sie flächig entlang politischer oder administrativer Grenzen ausgerichtet. Dynamische Raumkonzepte lenken den Blick auf die subjektive Lebenswelt Einzelner bzw. begreifen Räume als „gemachtes“ Ergebnis sozialer Handlungen (vgl. Rund 2010: 40). Um einen Überblick über Bedarfe und Ressourcen in einem Quartier zu gewinnen, nutzt Sozialplanung Methoden der Sozialraumanalyse, die neben objektiv messbaren sozialen Strukturen auch die subjektive Wahrnehmung der Bewohnerinnen und Bewohner einbezieht und ggf. kontrastiert (vgl. Mardorf 2010: 88 ff.).

Arbeitsfeldübergreifenden, integrierten Planungsansätzen gelingt es im Idealfall, das „große Ganze“ in den Blick zu nehmen. Dialog- und Partizipationsangebote (▷ *Beteiligung*) zwischen Bevölkerung, verwaltungsinterner und -externer Fachplanung, politischen Mandatstragenden und interessierten Akteurinnen und Akteuren können institutionalisiert (etablierte Netzwerkstrukturen) oder anlassbezogen sein und befördern soziale Ausgleichsprozesse. Open-Space-, Sozialraum- oder Planungskonferenzen, Stadtteil- und Familiendialoge sowie Runde Tische stehen exemplarisch für Methoden lokal praktizierter Beteiligungsvielfalt (vgl. MAIS 2011: 151 ff.).

Die idealtypischen Phasen eines sozialplanerischen Prozesses können anhand des sogenannten Management- oder Steuerungskreislaufs beschrieben werden; von der Analyse und Bestandserhebung über die beteiligungsorientierte Erarbeitung von Bedarfen, der integrierten Maßnahmen- und Umsetzungsplanung bis zu Evaluation und Controlling der eingesetzten Maßnahmen (vgl. VSOP 2008: 6). Eine integrierte Sozial- und Finanzplanung zielt auf ein unmittelbares Zusammenwirken beider Planungen unter Einbeziehung eines abgestimmten Ressourceneinsatzes für eine mittelfristige Sozial- und Investitionsplanung (vgl. DV 2011: 5 ff.). Zentrale Herausforderung hierbei ist, dass komplexe Zusammenhänge und soziale Entwicklungen zwar in wenigen Kennziffern ausgedrückt werden können, sich umgekehrt aber Wirkungen von Maßnahmen nicht aus ebendiesen Kennziffern ableiten lassen. Gleiches gilt für Produktergebnisse, die deutlich zeitverzögert Wirkungen in völlig anderen Produktgruppen entfalten können. Eine isolierte Wirkungsbewertung anhand produktbezogener Kennzahlen verbietet sich daher methodisch. Berechtigterweise werden aber Wirkungsanalysen und Evaluationen insbesondere präventiver oder freiwilliger Maßnahmen in Zeiten knapper Haushalte gefordert. Dilemma dabei ist, dass nicht zuletzt infolge dieser Knappheit personelle Ressourcen für Evaluationszwecke oftmals fehlen. Sozialplanung initiiert und konzeptioniert daher auch Begleitforschungsprojekte, weshalb Hochschul- und Forschungsk Kooperationen an Bedeutung gewinnen.

4 Zusammenfassung und Ausblick

Das Aufgabenprofil der Sozialplanung weist – je nach lokaler Planungskultur – eine enorme Spanne auf. Es reicht von deutlich sozialwissenschaftlich, konzeptionell oder methodisch geprägten Arbeitsweisen bis zur strategischen Steuerungsunterstützung von Politik und Verwaltung, über eine beteiligungsorientierte, moderierende Rolle innerhalb des Gemeinwesens bis hin zu konkret fachlicher Maßnahmenplanung und Umsetzung. Sozialplanung arbeitet vernetzt, sozialräumlich, zielgruppenspezifisch und strategisch, kommuniziert zielgerichtet, beteiligt und plant integriert und inklusiv, ist präventiv und wirkungsorientiert zugleich. Durch den wachsenden Kostendruck steigt der Bedarf an integrierter Sozialplanungs- und Koordinationsunterstützung, die mit Blick auf eine typischerweise stark segmentierte Verwaltungs- und Steuerungslogik eine Herausforderung bleibt.

Literatur

DV – Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. (Hrsg.) (2011): Eckpunkte für eine integrierte Sozial- und Finanzplanung in Kommunen. Berlin.

MAIS – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2011): Moderne Sozialplanung: Ein Handbuch für Kommunen. Düsseldorf.

Mardorf, S. (2010): Raum – Daten – Kommunikation. In: Hammer, V.; Lutz, R.; Mardorf, S.; Rund, M. (Hrsg.) (2010): Gemeinsam leben – gemeinsam gestalten: Zugänge und Perspektiven integrierter Sozialraumplanung. Frankfurt am Main / New York, 73-94.

Rund, M. (2010): Planung des Sozialen, Planung des Raums: Konturen eines erweiterten Planungsverständnisses. In: Hammer, V.; Lutz, R.; Mardorf, S.; Rund, M. (Hrsg.) (2010): Gemeinsam leben – gemeinsam gestalten: Zugänge und Perspektiven integrierter Sozialraumplanung. Frankfurt am Main / New York, 17-72.

VSOP – Verein für Sozialplanung e. V. (Hrsg.) (2008): Kompass Sozialplanung: Zwischen Gestaltung und Verwaltung im Reformprozess. Speyer.

VSOP – Verein für Sozialplanung e. V. (2012): Positionspapier „Inklusive Sozialplanung“. Speyer.

Weiterführende Literatur

DV – Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. (Hrsg.) (2005): Steuerungsunterstützung durch Sozialplanung und Controlling auf kommunaler Ebene. Berlin.

Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2012): Kommunale Sozialplanung München. München.

Bearbeitungsstand: 12/2016